

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. Einzel Heft 50 Pf., bei Postbestellung 1,20 RM., zusätzlich Befreiung, Einzelnummern 10 Pf. Die Postämter und Post-Geschäftsstellen, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht ein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rückmeldung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Reklamazeile im zeitlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Sonstige und Kleinanzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen für die Reichweite der Klage eingezogen werden muß oder der Auftragsgeber in Kenntnis gesetzt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 297 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postbez.: Dresden 2640 Dienstag, den 20. Dezember 1932

Von Herriot zu Paul-Boncour.

Nur vor Jahreschluss fordert zum viertenmal ein französischer Ministerpräsident von der Deputiertenkammer eine Vertrauensklärung. Laval, Tardieu, Herriot und jetzt Paul-Boncour stellen eine politische Entwicklung dar, in der sich die beiden großen Probleme Finanzwirtschaft und Rüstungsfrage deutlich kennzeichnen. In Laval personifizierte sich noch die völlige Unabhängigkeit Frankreichs in der Behandlung dieser beiden Probleme; Laval hatte die amerikanische Regierung veranlaßt, sich trotz der damals nahe bevorstehenden Abrüstungskonferenz aus finanziellen Gründen für „uninteressiert“ gegenüber den europäischen Finanznöten zu erklären. Frankreich besaß ja den großen Gelbbüchel, aus dem heraus es seine Bundesgenossen im Osten und Südosten Europas zu finanzieren vermochte. Auf der Abrüstungskonferenz brachte dann Tardieu seinen Plan zum Vorschein, der auch heute noch nicht ganz aufgegeben wurde, sondern in einzelnen Teilen wieder aufstande in jenem anderen Plan, den Herriot der Welt und der Abrüstungskonferenz beibrachte.



Paul-Boncour, der neue französische Ministerpräsident.

Der geistige Vater dieses Planes war allerdings der damalige Kriegsminister Paul-Boncour, der jetzt zum Nachfolger Herriots als Ministerpräsident gemacht worden ist. In der Frage der Abrüstung jedenfalls bedeutet er insofern eine Schwärze Note als Herriot, weil ihm seit Beginn der Genfer Konferenz die Vertretung der französischen Interessen anvertraut worden ist und er infolgedessen durchaus nicht unschuldig an der bisherigen Ergebnislosigkeit dieser Konferenzarbeiten gewesen ist. Nicht an ihm hat es gelegen, daß die Finanzministerkonferenz zu einer Art Zwischenlösung, die den Wiedereintritt Deutschlands in die künftigen Arbeiten der Konferenz ermöglichte, gekommen ist.

Die entscheidende Tagesfrage für Frankreich und seine neue Regierung ist aber jetzt die der Schulden an Amerika. Paul-Boncour soll bereits als Mitglied des Kabinetts Herriot Gegner der damaligen Forderung des Ministerpräsidenten gewesen sein, entsprechend der englischen Haltung die Schuldenrate Frankreichs an Amerika unter gewissen Bedingungen zu bezahlen. Diese Bezahlung ist nicht erfolgt, und die französische Politik unter der Leitung Paul-Boncours wird darauf hinarbeiten, die ganze Angelegenheit gewissermaßen hinauszuziehen, zum mindesten bis in den März nächsten Jahres, weil dann der neue amerikanische Staatspräsident Roosevelt ein verhandlungsfähigerer Partner für die Regelung der Schuldenfrage ist, als dies der jetzige Präsident Hoover sein kann. Irrendeine Gegenmaßnahme Amerikas wegen der Beigerung Frankreichs, seine Schulden zu bezahlen, ist bisher nicht erfolgt, und infolgedessen dürfte der Ministerpräsident Paul-Boncour hoffen, mit dieser Politik der Verzögerung Erfolg zu haben.

Sehr viel drängender aber ist für ihn die Erledigung der innerfranzösischen Finanznöte. Die Politik der Freigebigkeit gegenüber der einheimischen Wirtschaft und den stets geldbedürftigen Bundesgenossen im Osten Europas hat auch dazu geführt, daß Frankreich seine finanziellen Reserven eingebüßt hat. Der jetzige Finanzminister Chéron hatte in einem früheren Ministerium dafür gesorgt, daß Frankreich etwa 20 Milliarden Franc, also rund 3 Milliarden Reichsmark, als Reserve besaß, — aber diese Summe ist inzwischen längst ausgegeben worden. Mehr noch: Man hat große Schulden gemacht, vor allem, um das gewaltige Verteidigungsprogramm an der ganzen Südgrenze, vom Armellanal bis zum Mittelmeer hinunter, zu schaffen. Infolgedessen hat Herr Chéron nun die Aufgabe, im Kabinett Boncour diese Ausgaben erst einmal zu finanzieren. Darum ist es für den neuen Ministerpräsidenten recht schwierig gewesen, überhaupt einen Finanzminister für sein Kabinett zu finden, denn dieser Minister wird sehr schnell der unpopulärste Mann in Frankreich werden! Schon Herriot hatte überaus scharfe Maßnahmen steuerlicher Art zur Erhöhung der Staatseinnahmen vorgesehen und war auch durchaus nicht zurückhaltend gewesen in Plänen, die die Kürzung der Staatsausgaben vorsahen. Die Politik der Subventionen soll aufhören und man beabsichtigt sogar eine erhebliche Kürzung der Beamtengehälter. An einem

Politische Notverordnung veröffentlicht

Berlin. Die politische Notverordnung, durch die die Notverordnungen gegen politische Ausschreitungen vom 14. und 28. Juni d. J., sowie die Notverordnungen zur Sicherung des inneren Friedens vom 9. August sowie die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen abgeändert werden, sowie die Bestimmungen, die anstelle des abgelaufenen Republikbeschutzes treten, wurden heute Dienstag veröffentlicht. Die Notverordnung heißt „Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932“. Sie regelt in 19 Paragraphen die gesamte Materie neu. Gleichzeitig mit der Notverordnung, die im Reichsgesetzblatt 2 1/2 Seiten umfaßt, veröffentlicht die Reichsregierung eine etwa 4 Schreibmaschinenseiten lange Erklärung, in der sie darauf hinweist, daß die Milderung der politischen Ausnahmebestimmungen ihren Zweck verfehlen würden, wenn nunmehr die Gewalttate andauern sollten. Für diesen Fall werden neue Maßnahmen angeordnet. Die Notverordnung stellt die politischen Freiheiten des Staatsbürgers in weitem Umfange wieder her und enthält eine Reihe von Uebergangsbestimmungen, durch die festgelegt wird, wie mit Personen zu verfahren ist, die nach den alten Bestimmungen bestraft worden sind usw. Als wichtigste neue Bestimmung enthält die Verordnung einen verstärkten Schutz des Reichspräsidenten. Außerdem wurden die üblichen Bestimmungen gegen die Verächtlichmachung des Reiches, der Länder, der Staatsform, der Flaggen übernommen, sowie neu ein besonderer Schutz der Wehrmacht eingeführt. Weiter fallen die Sondergerichte fort. Die Versammlungs- und Pressefreiheit wird wieder hergestellt. Als Verdachtsgründe bleiben nur noch Hochverrat und Landesverrat bestehen. Die Polizei darf künftig auch weitere politische Beauftragte in Versammlungen entlassen.

Kampf um die Reichstagsseinberufung.

Sitzungen des Ältestenrats und des Reichsrats. Bis in die Weihnachtswochen hinein erstrecken sich diesmal die parlamentarischen Arbeiten im Reichstag, im Reichsrat und im Preussischen Landtag. Der Hauptkampf im innenpolitischen Leben des Reiches geht besonders um die Frage, ob der Reichstag noch einmal vor Weihnachten zusammentreten soll oder nicht. Der Ältestenrat des Reichstages hatte sich am Montag nachmittag mit einem kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichsparlamentes noch vor Weihnachten zu befassen. Der Ältestenrat beschloß, die Entscheidung erst nach der Vollziehung des Reichsrates am Dienstagabend zu fällen.

Der Reichsrat tritt am Dienstag um 17 Uhr zusammen, um zu der Frage der Amnestie Stellung zu nehmen. Sollte die Amnestievorlage im Reichsrat scheitern, so ist mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen, daß eine Mehrheit des Ältestenrats den Zusammentritt des Reichstages für Donnerstag nachmittag beschließt.

Wie die Entscheidung des Reichsrates ausfallen wird, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Die süddeutschen Länder haben keine große Neigung, dem Amnestiegesetz zuzustimmen. Gelänge es ihnen, mehr als ein Drittel der Reichsratsstimmen für einen Einspruch aufzubringen, dann müßte das Gesetz vom Reichstag neuerlich mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen werden, dann von neuem dem Reichsrat zugehen und unter Umständen, bei nochmaliger Ablehnung durch den Reichsrat, einem Volksentscheid unterbreitet werden. Es ist aber zu erwarten, daß der Reichsrat keinen Einspruch erheben wird. Der Regierung Schleicher liegt ja, wie bekannt,

allerdings dar, und wird Paul-Boncour und sein Finanzminister noch nicht rühren: an den Ausgaben für die Heeresrüstung, und den Luftfahrtminister Painlevé hat er aus dem Kabinett Herriot übernommen.

Man gibt der neuen Regierung infolgedessen kaum eine längere Lebensdauer, bezeichnet es als eine Art Ubergangskabinett zur Erledigung dringender finanzieller Aufgaben und wartet darauf, daß der wichtigste Mann im politischen Leben Frankreichs wieder an das Steuer des Staates gerufen wird, also: Edouard Herriot.

Erste Sitzung des neuen französischen Kabinetts.

Ministerpräsident Paul-Boncour hat sein Amt angetreten. Am Abend trat dann das Kabinett zusammen, um die Regierungserklärung, mit der sich Paul-Boncour am Donnerstag der Kammer vorstellen wird, auszuarbeiten

darin, den Reichstag wenigstens bis Mitte Januar pausieren zu lassen, damit sie ungehindert ihre notwendigen Arbeiten erledigen kann.

In politischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß die Reichsregierung, falls es wirklich noch vor Weihnachten zu innenpolitischen Schwierigkeiten zwischen Regierung und Reichstag kommen sollte, eine Auflösung des Reichstages sofort vornehmen und dann auch die Wahlen mit möglichst kurzer Frist abräumen würde, damit nicht wieder, wie nach der Auflösung des Reichstages am 12. Dezember, die innenpolitische Entscheidung auf längere Zeit hinausgezögert würde, und damit ein längerer Wahlkampf vermieden wird.

Im Reichstag trat der Ausschuss für das landwirtschaftliche Siedlungswesen zusammen, um sich mit einigen Anträgen zugunsten der Siedler zu beschäftigen.

Im Preussischen Landtag fanden Sitzungen des Hauptausschusses statt, um noch einige dringliche Angelegenheiten vor den Weihnachtsferien zu erledigen.

Neue Kabinettsberatungen über die Winterhilfe.

Die Veröffentlichung der neuen politischen Verordnung zur inneren Befriedung dürfte im Laufe des Dienstags erfolgen. Am Mittwoch tritt das Kabinett noch einmal zusammen, um abschließend über die Winterhilfemaßnahmen zu beraten. Außerdem wird sich das Kabinett in dieser Sitzung mit einer Reihe von Fragen befassen, die bereits seit einiger Zeit unerledigt im Schoße der Ministerien schummern.

Die Sitzung des Ältestenrats des Reichstages.

In der Sitzung des Ältestenrats des Reichstages war die Reichsregierung nicht vertreten und hatte auch dem Reichstagspräsidenten keine Mitteilungen zugehen lassen. Auch die Bayerische Volkspartei hatte keinen Vertreter entsandt, sie hatte aber schriftlich mitgeteilt, daß sie gegen eine vorzeitige Reichstagsseinberufung sei. Präsident Göring erklärte einleitend, es würde sich wohl nicht empfehlen, noch vor Weihnachten eine Tagung des Reichstages abzuhalten, zumal der Reichsrat, falls er gegen die Amnestie Einspruch erhebe, noch eine Begründungsfrist von vierzehn Tagen habe. Die Sozialdemokraten beantragten trotzdem, den Reichstag sofort für Donnerstag, 3 Uhr, einzuberufen und neben der eventuellen neuen Abstimmung über die Amnestie auch die Winterhilfsanträge auf die Tagesordnung zu setzen. Die Kommunisten verlangten außerdem für Donnerstag schon die Behandlung der politischen Fragen und der Währungsanträge. Beide Anträge wurden jedoch vorläufig abgelehnt.

Die innenpolitische Lage hat durch die heutige Stellungnahme der Parteien im Ältestenrat eine neue Anspannung erfahren, aber angesichts der bei den Nationalsozialisten offenbar bestehenden Neigung, eine sofortige Einberufung des Reichstages zu vermeiden, ist immer noch die Möglichkeit vorhanden, daß eine Lösung in dem Sinne gefunden wird, daß die Vertagung auf Mitte Januar aufrechterhalten bleibt.

Die Entscheidung der Nationalsozialisten wird voraussichtlich noch von einer Führerbesprechung abhängen, die die NSDAP am Dienstagvormittag abhalten will. Man hat den Eindruck, daß dabei ein Ausgleich gefunden werden soll zwischen der Linie des Reichstagspräsidenten Göring, der sich gegen die sofortige Einberufung des Reichstages wendet, und der Linie des Abgeordneten Stöhr, der diese Einberufung befürwortet.

Trotz der Wahrscheinlichkeit, daß der Ältestenrat nicht zur Einberufung des Reichstages schreiben wird, hat in Regierungskreisen eine etwas ernstere Auffassung der Gesamtlage Platz gegriffen, und man gibt in der Wilhelmstraße mit bemerkenswertem Nachdruck zu erkennen, daß das Reichskabinett mit der gegenwärtigen Haltung des Reichstages keineswegs zufrieden ist. Man betont, daß die Regierung nicht damit einverstanden sei, wenn der Reichstag etwa die Wächter habe, zu gelegentlichen kurzen Tagungen zusammenzutreten, um — ganz abgesehen von der Amnestiefrage — auf dem Gebiete der Winterhilfe oder auf anderen Gebieten der Bevölkerung gewisse Maßnahmen zu machen, für die keine finanzielle Deckung vorhanden ist. Diese Einwendungen aus Regierungskreisen sind darauf zurückzuführen, daß im Ältestenrat heute auch davon die Rede war, der Reichstag könnte, selbst wenn der Reichsrat keinen Einspruch gegen die Amnestie erhebt, wenigstens zur Besprechung der Winterhilfeaktion am Dienstag zusammentreten.

Man wird diese Einstellung der Wilhelmstraße zunächst im wesentlichen als ein Stimmungsmoment aufzufassen haben, aus dem sich vermutlich noch keine weiteren sachlichen Folgen